

## Rede zum Haushalt 2021 durch Herrn Oberbürgermeister Klaus Eberhardt

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, geschätzte Damen und Herren!

In Vorbereitung der diesjährigen Haushaltsrede kam mir ein Ausspruch des deutschen Fußballtrainers Uwe Wegmann in den Sinn, der nach einem völlig missglückten Spiel einmal festhielt:

*„Zuerst hatten wir kein Glück, dann kam auch noch Pech dazu.“*

Dies trifft auf die Entwicklung der städtischen Finanzlage zu, die wir in diesem Jahr ohne eigenes Zutun haben entgegennehmen müssen. Heute Abend bleibt dies meine einzige flapsige Einlage, denn die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Rheinfelden (Baden) ist bitterernst. Vor allen Dingen ist das Tempo atemberaubend, mit dem wir aus einer soliden kontrollierten Finanzplanung in eine die nächsten Jahre belastende Abwärtsspirale geraten sind. (*Lediglich der Besuch eines Casinos oder einer Pferderennbahn hätten noch schnellere Abwärtsbewegungen mit sich bringen können*). In der Konsequenz bedeutet dies wohl die schwersten Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre. Die guten und außergewöhnlichen Jahre sind perdu. Erkennbar war dies bereits bei den Haushaltsberatungen 2020 und erst recht bei der notwendigen Neuaufstellung des Nachtragshaushaltes für dieses Jahr. Die alleinige Begründung des Abwärtstrends aufgrund von Corona ist für 2020 nicht statthaft und belegbar, indes für die Folgejahre schon. Nach Berechnung der Stadtkämmerei werden sich die ordentlichen Erträge um rd. 8 Mio. Euro von 84,87 Mio. in der mittelfristigen Finanzplanung 2020 auf tatsächlich jetzt 76,9 Mio. verringern. Jeder weitere Teil-Lockdown, das Auslaufen des Kurzarbeitergeldes und die Beendigung des besonderen Insolvenzrechtes können für 2021 und möglicherweise auch für die Folgejahre nochmals eine erhebliche Verschlechterung herbeiführen. Es scheint auch nicht absehbar, dass Bund und Länder ihre Unterstützungsbereitschaft stetig verlängern; die Diskussion hat diesbezüglich bereits begonnen und wird allenfalls nach den Wahlterminen 2021 noch zu der ein oder anderen Ernüchterung führen. Es sei denn, man möchte die Finanzbürde der Corona-Pandemie auf die nachfolgende Generation transferieren.

Wenn sich das in diesem Jahr zu verzeichnende Defizit bei 5,32 Mio. Euro einpendeln wird, so sind dies im Wesentlichen nicht die Corona-bedingten Mindereinnahmen und Einnahmeverluste aus Steuern und Gebühren, sondern zu einem großen Teil die zu Beginn des Jahres 2020 eingeforderten Gewerbesteuerrückerstattungen. Die eigentlichen spürbaren Folgen der Pandemie treten erst 2021 ein, auch wenn jetzt erkennbar zwischen den Finanzzahlen des Nachtragshaushaltes 2020 und den tatsächlichen Ergebnissen nochmals Minderungen eingetreten sind. Durch den Nachtragshaushalt waren wir auf die rapide Verschlechterung der Finanzdaten eingestellt, sind dann bei den internen Haushaltsberatungen aber nochmals ernüchtert worden. Nach den Mittelanmeldungen der Ämter lag das Defizit im Ergebnishaushalt bei 15,8 Mio. Euro und damit nochmals 8,6 Mio. Euro schlechter als im Nachtragshaushalt.

Nach den internen Haushaltsberatungen liegen wir aktuell unter Zugrundelegung des gleichbleibenden Hebesatzes beim Landkreis und geringerer Personalkostensteigerung aufgrund des Tarifvertrages bei einem ordentlichen Ergebnis von minus 8,52 Mio. Euro und damit prognostiziert ca. 1,3 Mio. Euro schlechter als im Nachtragshaushalt 2020 kalkuliert. Dies ist allerdings nur deswegen eingetreten, weil wir im Zuge der Haushaltskonsolidierung eine Erhöhung der Gewerbesteuer (um 20 Prozentpunkte), der Grundsteuer B (um 20 Prozentpunkte), der Hundesteuer und der Vergnügungssteuer (ab 2022) sehen. Ebenfalls Berücksichtigung fand die Einführung einer Zweitwohnungssteuer ab 2022.

Die Gründe für die Verschlechterung im Haushaltsplanentwurf 2021 liegen in einer weit niedriger zu bemessenden Gewerbesteuer von 8,45 Mio. Euro, die wir erst in den Folgejahren wieder moderat auf 10,56 Mio. Euro anheben können (jeweils unter Berücksichtigung einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes). Bei der Kreisumlage sind wir mit einem Betrag von 16,918 Mio. Euro nach wie vor unverhältnismäßig hoch belastet. In den Folgejahren muss mit einer Erhöhung der Kreisumlage gerechnet werden. Ob da der von der Kämmerei angenommene Hebesatz von 32,72 Punkten (für 2021 von 32,1 Punkten) Bestand haben wird, wird sich zeigen müssen.

Bei den FAG-Zuweisungen müssen wir mit einem sinkenden Pro-Kopf-Betrag nach Einführung der Schlüsselzahl B nach Einwohnerdichte, die sich nachteilig für Rheinfelden auswirkt, rechnen. Im Jahre 2022 macht dies einen Minderbetrag von ca. 4,0 Mio. Euro aus. Auch im Einkommensteueranteil, bei dem Anteil der Umsatzsteuer und dem Familienleistungsausgleich gibt es Defizite:

2021:

- 187.600 Euro bei der Einkommensteuer gegenüber dem Nachtragshaushalt – tatsächlich gegenüber dem ursprünglichen Planansatz sogar minus ca. 1,1 Mio. Euro,
- minus 127.500 Euro bei der Umsatzsteuer und minus 92.000 Euro im Familienleistungsausgleich. Hier sind die Zahlen der Steuerschätzung von November 2020 eingeflossen.

Aufgrund dieser sehr volatil ausgeprägten Einnahmeentwicklung bleibt der Stadt Rheinfelden (Baden) zwangsläufig kein anderes Mittel, als signifikant und dauerhaft eintretende Verbesserungen in unserer Ausgabe- und Einnamestructur herbeizuführen. Ansonsten wird der Verzehr der Liquidität spätestens 2022 zum Erreichen der notwendigen Mindestliquidität gediehen sein. In der Konsequenz bedeutet das keine weiteren Investitionen. Oder bildlich gesprochen: Wir können uns den Bau des Zentralen Feuerwehrgerätehauses gerade noch leisten – viel mehr aber auch nicht.

In einer Besprechung mit der Kommunalaufsicht beim Regierungspräsidium Freiburg wurden auch die strukturellen Themen der Stadt Rheinfelden in Hinblick auf die unsicheren Einnahmepositionen der nächsten Jahre diskutiert. Es wurde deutlich, dass bei einer nicht vollzogenen Konsolidierung und Anpassung der Haushalts- und Finanzstruktur der Stadt keine Kreditgenehmigungen für anstehende Investitionen vom Grundsatz her erwartbar sind, von der Abdeckung der zu erwarteten Defizite im Ergebnishaushalt ganz zu schweigen. Folgerichtig ist daher nur eine entsprechende Ertüchtigung unseres Ergebnishaushaltes für die kommenden Jahre durch eine absolute Ausgabendisziplin und durch umsetzungsfähige Maßnahmen zur Einnahmenverbesserung. Dabei werden wir bei den zu beschließenden einschneidenden Maßnahmen keine große Wahl- oder Gestaltungsmöglichkeit haben.

Immerhin wurde positiv angemerkt, dass die Stadt bereits im Frühsommer die entstehende Schieflage des Haushaltes erkannt hat und mit einer ersten und anschließenden zweiten Klausurtagung Maßnahmen zur Haushaltkonsolidierung vorbereitet hat. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, diese insgesamt unliebsamen Maßnahmen in ein Gesamtpaket zu schnüren und zur Umsetzung freizugeben. Vergnügungssteuerpflichtig wird diese Übung nicht und wird auch von der Kommunikation eher das Gegenmodell zu den Projektdiskussionen der letzten Jahre, in denen wir die Weiterentwicklung der Stadt diskutieren und mit vielen Maßnahmen auch umsetzen konnten. Die notwendigen Strukturanpassungen sind ohne erkennbare Alternative und müssen gut kommuniziert werden. Deswegen sind Gemeinderat und Verwaltung gefordert, mit erkennbarem Konzept die Gegensteuerung mit dem Haushalt 2021 beherzt einzuleiten. Diese Vorbemerkungen erscheinen mir außerordentlich wichtig, um die heute vorliegenden Zahlen des Haushaltsplanentwurfes 2021 einordnen und begründen zu können.

Gestatten Sie mir nun einige Ausführungen zum Zahlenwerk.

Die Personalaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,5 Mio. Euro, begründet durch die Aufwendungen für eine Besoldungs- und Tarifierhöhung mit geschätzten 2,6 %. Aufgrund der zwischenzeitlich feststehenden Tarifergebnisse für die Folgejahre wurde mit einer gegengerechneten Minderaufwandspauschale in Höhe von 200.000 Euro eine angepasste Tarifsteigerung berücksichtigt. Es sei der Hinweis gegeben: Ebenfalls berücksichtigt ist eine pauschale Minderausgabe i.H.v. 750.000 Euro zzgl. der erwähnten 200.000 Euro aufgrund der nachträglichen Tarifverhandlungen. Im Gegensatz aber zu den letzten Jahren wird der Personalhaushalt ohne signifikante Stellenmehrungen kalkuliert.

Für die Unterhaltung und Instandsetzung der Grundstücke und Gebäude einschließlich der technischen Anlagen werden 3,409 Mio. Euro eingestellt (im Vergleich zum Vorjahr: 3,339 Mio. Euro). Hiervon entfallen 619.000 Euro auf Verwaltungsgebäude, 875.000 Euro auf die Schulen mit einer erheblichen Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr bei einem Betrag von 1,241 Mio. Euro, 164.000 Euro auf Kinder- und Jugendeinrichtungen, auf Sportplätze, Bäder und Hallen 510.000 Euro und auf Straßenunterhaltung inkl. Beleuchtung 570.000 Euro.

Berücksichtigt sind die Feuerwehr mit 36.500 Euro, die Friedhöfe mit 123.700 Euro (Ein erhöhter Beitrag aufgrund der notwendigen Reparaturen des undichten Schieferdachs am Hauptfriedhof. Die bereits zugesicherten Friedhofsmaßnahmen in Minseln und Herten sind im investiven Finanzhaushalt veranschlagt.) sowie Park- und Gartenanlagen mit einem Betrag von 93.300 Euro. Immerhin steigen die geplanten Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 70.000 Euro.

Die Bewirtschaftungskosten in Höhe von 2.598.000 Euro steigen gegenüber dem Vorjahr um 42.300 Euro. Hierin enthalten sind auch die zwischenzeitlich feststehenden Kosten für die Gebäudereinigung ohne den Corona-bedingten Mehraufwand aufgrund der aktuellen Ausschreibung.

Erhebliche Einsparungen sind auch bei den sonstigen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen zu verzeichnen. Im Ergebnis schloss diese Position 2019 mit 12,552 Mio. Euro ab. Der 2021 zugrunde gelegte Ansatz

liegt bei 10.785.000 Euro. Größte Einzelposition ist der Straßenentwässerungsanteil mit einer vorläufigen Kalkulation von 0,806 Mio. Euro. Die Aufwendungen für die Forstwirtschaft betragen 289.500 Euro und sind günstiger als im Vorjahr. Grund hierfür sind zum einen die beschlossene Optierung zur Regelbesteuerung ab 2021 und die reduzierten Ansätze bei der Holzernte. Leichte Einsparungen erfolgen auch für Organisation und EDV. Gegenüber dem Vorjahr mit einem Betrag von 1.003.400 Euro werden 2021 973.550 Euro eingeplant. Für die EDV und sonstigen Erwerb an beweglichen Ausstattungsgegenständen an Schulen sind, insbesondere aufgrund der Medienentwicklungsoffensive im Bereich der Digitalisierung, weitere Aufwendungen in Höhe von 987.150 Euro veranschlagt.

Erhebliche Kürzungen gibt es für die Finanzmittel für Bebauungsplanung mit einer Absenkung gegenüber dem Vorjahr um 356.000 Euro. Mit einem Betrag von 150.000 Euro wird die Deckungsreserve veranschlagt, die insbesondere in der Zeit der Corona-Pandemie Schwankungen auf den Ertragspositionen sowie auf den Aufwandskontierungen abfedern soll. Die Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Gemeinde- und Ortschaftsräte bleibt unverändert bei 150.000 Euro wie auch in etwa die Aufwendungen für Versicherungen mit einem Betrag von immerhin 450.150 Euro. Die Kosten der Schülerverpflegung der Ganztagesbetreuung an den Schulen steigen im Jahr 2021 um 100.550 Euro auf 1.245.550 Euro. Die Medienbeschaffung für die Stadtbibliothek wird mit 65.000 Euro veranschlagt. Für kulturelle Veranstaltungen gibt es einen Abschlag von 55.000 Euro auf 220.000 Euro. Ebenfalls reduziert werden die Aufwendungen für die Städtepartnerschaften. Die sonstigen Transferaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 590.000 Euro. Dies erklärt sich durch eine Zunahme der Zuschüsse an die kirchlichen Träger der Kindergärten mit einem Betrag in Höhe von 372.000 Euro auf einen Betrag von 8.047.400 Euro. Der Zuschuss an die freien Träger liegt bei 225.400 Euro (Zunahme: 10.200 Euro.). Berücksichtigt sind auch die Zuschüsse an den ÖPNV, die Musikschule und die Volkshochschule; bei den beiden letzteren Einrichtungen mit leichten Zuwächsen. Der Zuschuss für die Schulsozialarbeit sinkt um 60.000 Euro auf 206.500 Euro, da 1,4 Stellen nicht geschaffen wurden und die Zuschüsse für Unterhaltsmaßnahmen in den kirchlichen Kindertageseinrichtungen sinken. Gekürzt wurden auch die Ansätze für Stadtsanierung und Wirtschaftsförderung.

Die investiven Abschreibungen belaufen sich im Jahr 2021 auf 5,642 Mio. Euro.

Bei den Investitionen 2021 stehen Finanzierungen für das zentrale Feuerwehrgerätehaus an. Im Plan sind hierfür 2,3 Mio. Euro eingeplant. Der Umbau des Kreisverkehrs mit Zufahrt zum Feuerwehrgerätehaus und zum künftigen Baugebiet Cranachstraße schlägt mit einem Betrag von 1.231.000 Euro zu Buche.

Berücksichtigung finden bei den Investitionen Maßnahmen im Bildungssektor und bei der Kinderbetreuung. Beispielhaft angeführt seien die Erweiterungsmaßnahmen beim Kindergarten Bienenkorb, ein erster Förderzuschuss zum Kindergarten der Paulus-Gemeinde, ein Bau von Infrastruktur bei dem Projekt Waldkindergarten. Bei den Schulen seien der Einbau einer Brandmeldeanlage im Gymnasium und die Errichtung von naturwissenschaftlichen Fachräumen sowie eine Teilsanierung der Realschule im Zuge des Modernisierungsprogrammes genannt. Maßnahmen in der Stadtentwicklung bleiben vorgesehen, ebenso wie die Umgestaltung des zentralen Dorfplatzes im Ortsteil Herten.

Im Zuge der Elektrifizierung der Hochrheinstraße werden Mittel für eine Bike & Ride Anlage am Bahnhof eingeplant, da hier erhöhte Zuschüsse generiert werden können.

Für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen werden insgesamt 320.000 Euro bereitgestellt. Die beschlossene Erweiterung der Fridolinhalle Degerfelden ist mit einem Betrag von 392.000 Euro erfasst.

Berücksichtigt ist auch die Kapitalverstärkung für das Bürgerheim für das Neubauprojekt sowie auch eine Fahrzeugbeschaffung für die Technischen Dienste mit einer Pauschalsumme von 100.000 Euro.

Die Rücklagenentwicklung befindet sich auf dem Abwärtstrend. Zum Stand 01.01.2020 betrug die Rücklage 39,05 Mio. Euro. Abzüglich des geplanten Negativ-Ergebnisses 2020 in Höhe von minus 5,32 Mio. Euro und dem erwartbaren Defizit des Haushaltes 2021 in Höhe von minus 8,52 Mio. Euro wird das Ergebnis auf einen Betrag von 25,21 Mio. Euro schrumpfen.

Zur Förderung des KfW-Standards 55 bei dem geplanten neuen Feuerwehrzentralgebäude ist die Aufnahme eines Kredites mit Tilgungszuschuss in Höhe von 4 Mio. Euro erforderlich. Dies führt zu einem erhöhten Schuldenstand je Einwohner auf einen Betrag von 295,68 Euro am 31.12.2021.

Die mittelfristige Finanzplanung 2020 – 2024 ist entsprechend der Orientierungsdaten des Innenministeriums an die aktuellen örtlichen Verhältnisse angepasst worden. Im Finanzierungszeitraum sind Investitionen von insgesamt 54,529 Mio. Euro vorgesehen. Allerdings sind hierbei schon die zurückliegenden Investitionssummen des Jahres 2020 in Höhe von 17,355 Mio. Euro berücksichtigt.

Lassen Sie mich nunmehr noch kurz auf die Eigenbetriebe eingehen.

Beim Thema Bürgerheim erwarten uns große Herausforderungen durch die Anpassung der Landesheimbauverordnung. Der Gemeinderat ist in diesem Jahr ausführlich über die Entwicklung der Bauplanung, die Umsetzungsstrategie und über die sehr langfristig ausgelegte Finanzplanung informiert worden. Mit dem Jahr 2021 werden aufgrund der Baumaßnahme für dieses Jahr und für die Folgejahre negative Ergebnisse zu erwarten sein. In den Jahren 2021 und 2022 hängt dies mit der notwendigen Reduktion der Bewohnerplätze und Sonderabschreibungen zusammen. Insgesamt wurde aber die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme in einer langen Betrachtungsweise der Finanzplanung nachgewiesen.

Im Bereich „Wärmeversorgung“ stehen die Zeichen weiter auf Expansion. Das Wärmenetz wird 2021 weiter in Richtung Evonik mit einer dann möglichen Nutzung der Abwärme des Betriebes und in Richtung Feuerwehrzentralgebäude ausgedehnt werden. Insgesamt sind für die Übergabestation Abwärme Auskopplung Evonik 930.000 Euro und für die Erweiterung des Leitungsnetzes inklusive Planungskosten 3,205 Mio. Euro vorgesehen. An Zuschüssen ist ein Betrag von 1 Mio. Euro eingeplant.

Der Bau- und Umweltausschuss konnte in seiner letzten Sitzung auch Informationen über die beabsichtigte Finanzierung der Ausbauplanung der nächsten Jahre erhalten. Bezüglich einer

Zusammenarbeit zwischen ED und Stadtwerke sind erste Gespräche geführt worden. Das Ziel muss sein, eine möglichst hohe Klimateffektivität zu bewirken.

Auch bei der Wasserversorgung stehen für das Jahr 2021 große Investitionen an. Das Volumen für Investitionen nach Vermögensplan beträgt 5,31 Mio. Euro. Neben der stetigen Rohrnetzerneuerung und Erweiterung ist der Weiterbau des Wasserspeichers Vogelsang in 2021 mit einem Volumen von insgesamt 3,5 Mio. Euro vorgesehen.

Nach Verzögerung kann davon ausgegangen werden, dass die Maßnahme Hochbehälter Minseln und Falleitung in Kürze zum Abschluss gebracht werden können. Aufgrund der Kalkulation muss die Wassergebühr von 1,30 Euro auf 1,53 Euro erhöht werden. Ursache hierfür sind ebenfalls die erheblichen Investitionen im Bereich der Wasserversorgung, aber auch die steigenden Kosten im Bereich der Aufwendungen für bezogene Leistungen u.a. durch den Wasserbezug aus der Schweiz zur Trinkwasserabsicherung.

Bei der Abwasserbeseitigung stehen 2021 ebenfalls wichtige Investitionsmaßnahmen an. Im Vermögensplan sind insgesamt Sachinvestitionen von 4,324 Mio. Euro vorgesehen. Größte Baumaßnahme ist der Kanalausbau in der Bahnhofstraße Herten mit insgesamt drei Bauabschnitten. In der mittelfristigen Finanzplanung ist die Erschließung Grendelmatt III auch im Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung in den Jahren 2023/2024 veranschlagt. Aufgrund der erheblichen Investitionen, aber auch aufgrund der hohen Aufwendungen im Bereich der Kanalunterhaltung ist eine Erhöhung der Abwassergebühren von 1,30 Euro auf 1,45 Euro und Niederschlagswassergebühren von 0,30 Euro/m<sup>2</sup> auf 0,35 Euro/m<sup>2</sup> erforderlich.

Meine geschätzten Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplanentwurf 2021 mit der mittelfristigen Finanzplanung bedeutet einen Tiefpunkt in der finanziellen Entwicklung unserer Stadt. Die vorliegenden Zahlen sind Resultat einer ehrlichen Einschätzung der Finanzlage Stand heute. Anders als in den Vorjahren sind wir meilenweit davon entfernt, neue Investitionen für die Zukunft festzulegen. Wir müssen tiefgreifende Verbesserungen erreichen, damit wir wieder in die Möglichkeit der Zukunftsgestaltung zurückkehren können.

An dieser Stelle danke ich den beteiligten Ämtern für ein Mitgehen bei diesen äußerst unangenehmen und einschneidenden Vorbereitungen des Haushaltsplanes 2021. Bedanken möchte ich mich aber vor allem bei der Stadtkämmerei, insbesondere bei Frau Schippmann und Herrn Reiher, für die deutliche Offenlegung unseres finanziellen Dilemmas. Nur mit einem klaren Blick werden wir in den nächsten Monaten und Jahren diese für uns aus der Übung gekommene Haushaltskonsolidierung voranbringen können. Ich sehe mit Erwartung den anstehenden schwierigen Haushaltsberatungen mit Ihnen entgegen.